

# Grenzregime töten! Grenzen überwinden!

## Offene Grenzen und Solidarität statt Asylrechtsverschärfung !

### Globale Bewegungsfreiheit und Bleiberecht!

In den letzten Wochen wurde von vielen Seiten immer wieder die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in Deutschland betont. Freiwillige haben an Bahnhöfen Geflüchtete begrüßt, Erstversorgung geleistet, in Massenunterkünften für ein Minimum an Menschlichkeit gesorgt, Kleidung und Essen gespendet und sie tun es weiterhin. Solche Unterstützung und Hilfe ist wichtig und unverzichtbar, da staatliche Stellen ihren sozialen Aufgaben nicht mehr ausreichend nachkommen oder nachkommen wollen. Wie in anderen Bereichen der Daseinsfürsorge wird die Hilfsbereitschaft jedoch gezielt ausgenutzt um die Privatisierung sozialer Aufgaben voranzubringen und sich aus der sozialen Verantwortung des Staates zu verabschieden. Unterbringung, Sicherung des Existenzminimums, Zugang zum Gesundheitswesen werden für die Betroffenen so zunehmend von der Gnade anderer abhängig und sind nicht mehr als eigene Rechte durchsetzbar. Außerdem instrumentalisiert die Bundesregierung die Bilder von freiwilligen HelferInnen, indem sie die „deutsche Willkommenskultur“ als eigene Leistung feierte. Gleichzeitig ist jedoch bereits die zweite Asylrechtsverschärfung in diesem Jahr vor der endgültigen Verabschiedung. Die menschenverachtende Politik der Abschreckung, Ausgrenzung und Abschiebepaxis wird in Zukunft in noch härterem Maße fortgesetzt. Verbesserungen im Bereich der Asylpolitik, die in den letzten Jahren mühsam erkämpft wurden, sollen zunichte gemacht werden.

#### **„Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“: Organisierte Unmenschlichkeit!**

Kennzeichnend ist die Einordnung von Geflüchtete in solche mit und ohne „Bleibeperspektive“, ohne die Asylgründe zuvor individuell zu prüfen. Dies stellt eine massive Verschlechterung des Flüchtlingsrechts dar. Vorgesehen sind außerdem verfassungswidrige Leistungseinschränkungen bis zur Abdrängung in Obdachlosigkeit und Streichung aller Mittel zum Lebensunterhalt. Das Lagerunterbringungssystem soll ausgeweitet werden, ebenso Beschäftigungsverbote und Abschiebehaftgründe. Die Verschärfung der Residenzpflicht wird erneut der Möglichkeit der Kriminalisierung der Betroffenen dienen. Die Vergangenheit lässt grüßen! Auf Druck der CSU sollen an den deutschen Grenzen Internierungslager für Geflüchtete eingerichtet werden. Aus den Reihen der CSU werden Grenzzäune zwischen Österreich und Deutschland gefordert.

In den südlichen EU-Ländern sollen ebenfalls große Internierungslager errichtet werden. Jeden Tag wird uns der brutale und zynische Umgang europäischer Staaten mit den Opfern globaler Armut, sogenannter „humanitärer Interventionen“ oder von Bürgerkriegen an den Außengrenzen der EU vor Augen geführt. Daran ändert auch die kurzfristige Öffnung der Grenzen und Aufnahmebereitschaft der BRD von Flüchtlingen, die über Ungarn kamen, nichts. Es ging dabei nicht um die Flüchtlingsschicksale, sondern darum die durch ihre rassistische, rechte Politik bekannte Orbán-Regierung als Partner der Flüchtlingsabwehr zu erhalten und das Dublin-Verfahren zu retten.

Nach dem Dublin -Verfahren, das wesentlich auf Druck der BRD eingeführt wurde, ist der Staat für die Bearbeitung eines Asylantrages in der EU zuständig, indem der Schutzsuchende die EU zuerst betreten hat. Die BRD drückt damit die Asylsuchenden in die ärmeren Länder im Süden der EU ab. Genau darin liegt ein wesentlicher Grund für den Streit um die Verteilung der Geflüchteten innerhalb der EU. Auch mit Ländern wie Libyen, Eritrea, Ägypten, Marokko, Türkei u.a., d.h. Staaten, die selbst massive Menschenrechtsverbrechen begehen und aus denen Menschen fliehen, wird zusammengearbeitet um diese in die EU-Flüchtlingsabwehrpolitik zu integrieren. Die Türkei soll sogar zum sicheren Drittstaat erklärt werden.



Mit der Grenzsicherungsorganisation FRONTEX werden Flüchtende außerdem gezielt an den EU-Grenzen abgewehrt und häufig durch „Pushback“-Aktionen an der Einreise und Möglichkeit der Asylantragstellung gehindert und damit ihrem Schicksal auf dem offenen Meer oder in den Verfolgerländern überlassen. Die Grenzen der Festung Europa werden mit Flugzeugen, Drohnen und Kriegsschiffen

überwacht. Immer neue und noch höhere Grenz-  
zäune und Mauern werden errichtet. Alle Fluchtwege  
werden versperrt.

Zehntausende von Toten sind die Folgen dieser Po-  
litik, die offensichtlich bewusst in Kauf genommen  
werden. Das Sterben an den Außengrenzen der EU  
setzt sich täglich fort.



Per Federstrich werden Balkanländer zu angeblichen „sicheren Drittstaaten“ erklärt und Geflüchteten aus diesen Ländern die Schutzbedürftigkeit abgesprochen. Dies betrifft insbesondere Roma, die aus ihren Herkunftsländern wegen sozialer Ausgrenzung, Verarmung und rassistischer Verfolgung geflohen sind. Selbst progrom-artige Übergriffe von Neo-Nazi-Gruppen auf Roma-Siedlungen werden von den jeweiligen „Sicherheitskräften“ ignoriert und verharmlost. Die Roma sind praktisch schutzlos gestellt. Es ist schon erstaunlich, wie z.B. auch Kosovo als sicherer Drittstaat gehandelt wird und gleichzeitig der Einsatz der Bundeswehr wegen der instabilen Sicherheitslage weiter von der Bundesregierung gerechtfertigt wird.

Wenn es trotz aller Abschottungsmaßnahmen tau-  
sende Flüchtlinge schaffen, nach Deutschland zu  
kommen, dann wird von den Politikern der regieren-  
den Parteien ein Katastrophenszenario herbeigere-  
det. Wenn Flüchtlingsunterkünfte und rassistische  
Übergriffe auf Geflüchtete zunehmen wird Betroffen-  
heit geheuchelt und von Empörung gesprochen. Da-  
bei ist nicht zu übersehen, dass gerade die immer  
wieder neu aufgelegten Kampagnen mit denen  
Flüchtlinge als „Sozialschmarotzer“ diffamiert und  
der angebliche Missbrauch des Asylrechts beklagt  
werden, in direktem Wechselverhältnis zum Auftre-  
ten des rechten Mobs stehen, der sich dadurch be-  
stätigt sieht.

**Kontakt: AKI Karlsruhe, Steinstr.23, 76133 KA - [info@aki-karlsruhe.de](mailto:info@aki-karlsruhe.de) und**

**AntiRa AK der IL KA - [il-karlsruhe@riseup.net](mailto:il-karlsruhe@riseup.net), [www.ilkarlsruhe.blogspot.de](http://www.ilkarlsruhe.blogspot.de)**

(beide Mitglied im Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg)

Die Katastrophe sind nicht die Geflüchteten, sondern  
die Flüchtlingspolitik der EU-Staaten.



Zu den Fluchtursachen gehört u.a. die ausbeuteri-  
sche Welthandelspolitik der westlichen Staaten und  
der multinationalen Konzerne, die den Menschen in  
den Ländern des Südens die Lebensgrundlagen  
zerstört. Dazu gehören auch die Folgen der geplan-  
ten Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TISA  
und Co. „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zer-  
stört!“ ist die Antwort der Geflüchteten. Daran wird  
sich auch nichts ändern, solange militärische Mittel  
und Kriege zur Sicherung der strategischen und wirt-  
schaftlichen Interessen von NATO-und EU-Staaten  
Normalzustand sind und die Politik der Ausplünde-  
rung der Länder des Südens nicht beendet wird.



Wenn die Regierenden der EU-Staaten von der „Eu-  
ropäischen Wertegemeinschaft“ reden, dann meinen  
sie die Freiheit der Banken und Konzerne, die Frei-  
heit der Reichen. Wenn Grenzen abgebaut werden,  
dann für Waren und Kapital und zur Sicherung  
höchstmöglicher Gewinne.

In dieser Logik werden dann auch Geflüchtete als  
„nützlich für die Wirtschaft“ oder abzuschiebende  
Kostenfaktoren eingeteilt.

Wir verteidigen das Recht zu kommen und zu blei-  
ben. Wir fordern gleiche soziale Rechte und Bewe-  
gungsfreiheit für alle! Abschaffung der Sonderge-  
setze für Menschen ohne deutschen Pass!

